„Die Religionsfreiheit darf nicht beschränkt werden“

15. Mai 2019



Frankfurter Rabbiner Apel über die Zukunft von Juden in Europa. „Die Religionsfreiheit darf nicht beschränkt werden“. Von Leticia Witte, Antwerpen (KNA).

Avichai Apel, Vorstandsmitglied der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland, zeigt sich besorgt über **Antisemitismus** und die **Religionsfreiheit** in **Europa** – auch wenn es Juden dort aus seiner Sicht allgemein gut geht. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sprach der Frankfurter Rabbiner am Dienstag in Antwerpen auch über den **Dialog** mit **Christen** und **Muslimen**. In Antwerpen tagt noch bis Mittwoch die 31. Generalversammlung der Konferenz Europäischer Rabbiner mit mehreren hundert orthodoxen Rabbinern. In Deutschland gibt es Apel zufolge 55 orthodoxe Rabbiner.

KNA: Rabbiner Apel, welche Bedeutung hat die Generalversammlung für orthodoxe Rabbiner in Europa?

Apel: Es ist eine unheimlich wichtige Konferenz, auf der sich die Rabbiner austauschen. Wir befinden uns gerade in nicht leichten Zeiten in Europa. Der Antisemitismus ist wieder hochgekommen, auch in Deutschland mit der AfD. Juden machen sich Gedanken über ihre

Zukunft in Europa. Es geht auch um Religionsfreiheit. Nehmen Sie das Verbot ritueller Schlachtungen – das Schächten – in Belgien, wo wir gerade tagen. Das Land war ein Zentrum für die Produktion koscheren Fleisches. In Deutschland wollten wir eine Genehmigung für das Schächten erhalten. Bisher stehen „bürokratische“ Hürden dagegen. In Deutschland beziehen wir nun daher das Fleisch vor allem aus Polen und Ungarn. Das ist eine Politik in Belgien, die unser jüdisches Leben infrage stellt.

KNA: Auch Tierschützer haben Vorbehalte gegen das Schächten.

Apel: Das Schächten ist eine der besten Methoden, Tiere ohne Qual und Angst zu schlachten. Tierschützer sollten die Methode im Vergleich zu anderen, industriellen Schlachtmethoden etwa mit Bolzen sehen, die viel schlimmer sind. Das Messer zum Schächten ist sehr scharf, und es gibt noch weitere Voraussetzungen, um das Wohl des Tieres zu achten.

KNA: Was erwarten Sie von Politikern, wenn es um jüdisches Leben in Europa geht?

Apel: Sie müssen sich fragen: Wohin wollen wir, wollen wir jüdisches Leben? Es gibt große Auseinandersetzungen. Auch junge Menschen, die zum Beispiel gerne in der Bundeswehr dienen, fragen sich, ob sie bleiben wollen. Gemeindemitglieder bitten uns um den Nachweis ihrer jüdischen Herkunft. Das zeigt uns, dass sie sich auf eine Emigration nach Israel vorbereiten. Das sind Einzelfälle, die aber in den vergangenen drei bis vier Monaten häufiger werden. Das bedeutet, dass sich die Leute Gedanken machen. Das ist schrecklich und ein rotes Signal an die deutsche und europäische Politik.

KNA: Inwiefern spielt Antisemitismus im täglichen Leben von Juden in Deutschland eine Rolle?

Apel: Uns geht es im Allgemeinen gut. Aber wir wissen, dass wenn wir auf Dauer hier bleiben wollen, wir möglicherweise mit Maßnahmen leben müssen, also etwa religiöse Symbole wie Kippa und Davidstern in der Öffentlichkeit zu verdecken. Antisemitismus geht nicht nur von Muslimen aus. Muslime haben nicht die AfD gewählt.

KNA: Was kann in Politik und Gesellschaft gegen Antisemitismus in Europa getan werden?

Apel: Europa geht nach rechts, das ist sehr problematisch. Es darf nicht sein, dass die Religionsfreiheit etwa durch das Schächtverbot beschränkt wird. Wir sehen leider in allen Staaten Tendenzen zur Beschränkung.

KNA: Was sind die wichtigsten Themen für orthodoxe Juden in Deutschland?

Apel: Da ist neben Antisemitismus und Religionsfreiheit die Frage nach der Existenz der Gemeinden, denn wir haben ein demografisches Problem. Das heißt, wir haben mehr alte als jüngere Mitglieder. Ein anderes Thema ist der interreligiöse Dialog. Ich glaube, er ist auf einer sehr guten Ebene. Wir führen Gespräche mit der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und waren im Januar im Vatikan. Wir haben Partner, die auch Verständnis für unsere Sorgen äußern.

KNA: Sie waren im Vatikan, nachdem ein Aufsatz des emeritierten Papstes Benedikt XVI. über das Verhältnis von Christen und Juden im Juli 2018 auch kritische Reaktionen hervorgerufen hatte. Wie ist es denn um den Dialog mit Muslimen bestellt?

Apel: Es sind Gespräche zwischen Rabbinern und Imamen in Vorbereitung. Dazu gab es schon Vortreffen, und den ersten offiziellen Termin soll es in den nächsten sechs Monaten geben. Die Planungen laufen zwischen der Orthodoxen Rabbinerkonferenz in Deutschland und dem Zentralrat der Muslime. Sie sollen auf religiöser und nicht auf politischer Ebene laufen.

(KNA - tkplo-89-00045)
Foto: Anton Mislawsky/Unsplash

Stand: 22. November 2026